

STANDPUNKTE 24 / 2010

BODO RAMELOW

ES IST AN DER ZEIT!

EIN AUFRUF ZUR DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE

In der westdeutschen Friedensbewegung gab es diesen hymnischen Ohrwurm von Hannes Wader mit der Feststellung im Text «Es ist an der Zeit!». Es ging um einen drohenden Krieg, der verhindert werden müsse durch die große Friedensbewegung der 80er Jahre, die ihre Kraft aus der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses und der sich abzeichnenden Hochrüstungsspirale zog. Die Kosten des Wettübens waren spürbar für die ganze Welt, aber besonders für den «Realsozialismus». Das nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges entstandene duale Weltmachtssystem zerbröselte, auch weil die staatssozialistischen Länder für ihre ökonomischen Probleme keine Lösungen mehr anbieten konnten. Nüchtern könnte man sagen, dass der Kapitalismus nicht gesiegt hat, sondern schlicht übrig geblieben ist.

In der Bundesrepublik Deutschland hat man in der politischen Reflexion genau damit heute noch zu tun. Die Grenze der Blocksysteme verlief eben mitten durch Deutschland und die Spuren dieser Auseinandersetzung sind heute noch vorhanden, obwohl die martialische und tödliche Trennlinie der Systemauseinandersetzung vor zwanzig Jahren in ihrer realen Form verschwunden ist.

Mit dem Ende der DDR wurde auch das Ende der Sozialstaatsverpflichtung der Bundesrepublik eingeläutet. Die Bürger der DDR wussten, unabhängig davon, ob sie ihr Land gehasst oder geliebt haben, dass dieses Land zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgehört hatte zu existieren. Die Menschen der Bundesrepublik Deutschland ahnten lange Zeit nicht, dass zahlreiche Sozialstaatszusagen aufgekündigt werden würden, mit der Konsequenz, dass sie heute obsolet sind. Gewerkschaften hatten nicht mehr einen «dritten Tarifpartner» – die Existenz eines alternativen Systems – am imaginären Verhandlungstisch sitzen und die gegenseitige Schaulfensterwirkung beider deutscher Staaten war zumindest für die westdeutsche Sozialstaatsgarantie hinfällig geworden.

So wie der Sozialstaat erodiert, so verlieren auch politische und gesellschaftliche Akteure, ob formell oder informell, schleichend ihre Wirkungsmacht. Durch die abnehmende Bindekraft der Gewerkschaften leidet ihre Durchsetzungsfähigkeit bei der Umsetzung von Tarifverträgen. Sie erleben sogar ohnmächtig und hilflos, wie das Bundesarbeitsgericht

den Tarifvertragsschutz endgültig beerdigt. Der Versuch, mit Arbeitgeberverbänden einen Burgfrieden in Sachen Tarifrecht zu schließen, soll mit absoluter Friedenspflicht im Betrieb bezahlt werden. Tatsächlich ist die Sozialpartnerschaft in der «Deutschland AG» mit all ihren Facetten einseitig aufgekündigt worden.

Diese Aufkündigung hat die bis dahin geltenden Verteilregeln von wirtschaftlichen Gewinnen außer Kraft gesetzt. Vermögensmassen wurden in den großen Aktiengesellschaften angehäuft und gebündelt, während die Position der Gewerkschaften fortlaufend geschwächt wurde. Als die Vermögensveräußerungstatbestände auch noch steuerfrei gestellt wurden, konnten an die Stelle der traditionellen Aktiengesellschaften nun ungehemmt die anonymen Fonds treten. Mit der Zulassung der Hedgefonds und der Absenkung sämtlicher Steuerarten auf Vermögen bzw. Vermögensbewirtschaftung hatte sich der Kapitalismus in einen finanzmarktgetriebenen Turbokapitalismus verwandelt. Dies hat tiefe Spuren in den sozialen Beziehungen hinterlassen. Niedriglohn, prekäre Beschäftigung, Aufhebung arbeitsrechtlicher Schutzmechanismen und letztendlich die Armutsfalle von Hartz IV und Rente mit 67 sind Zeichen der gesellschaftlichen Ohnmacht und des mangelnden Widerstandes.

War die Friedensbewegung der achtziger Jahre in Westdeutschland noch Ausdruck einer starken Gegenkraft, war die kleine, aber subversiv wirkende Friedensbewegung der DDR noch Ausdruck des trotzig Kampfes um Freiräume, so blieb später nur Ohnmacht. Deutschland beteiligte sich ausgerechnet unter einer rot-grünen Bundesregierung zum ersten Mal seit dem Ende der Nazi-Herrschaft aktiv an Kriegshandlungen. Der Nachkriegskonsens, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, war gebrochen, wenn auch mit einem humanitären und völkerrechtlich verbrämlten Anstrich. Tatsache ist außerdem, dass Deutschland heute auf Platz 3 der rüstungsexportierenden Länder steht. Selbst hinsichtlich der Zahl von Kleinwaffen (z.B. Jagd- und Sportwaffen), die sich legal in Privatbesitz befinden, ist die deutsche Gesellschaft auf Platz 6 des weltweiten Rankings angekommen.

In der Parteienlandschaft vollzog sich allerdings ein anderer Prozess als der eingangs beschriebene. Aus der eher ost-

deutsch geprägten PDS und der in Westdeutschland gegründeten WASG, die sich als Gegenbewegung zur Schröderschen Sozialabbaupolitik entwickelte, entstand eine neue gesamtdeutsche Partei. Gemessen an den Wahlergebnissen deutet vieles auf ein erfolgreiches Projekt hin. Summiert man Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaparlamentsmandate, rangiert DIE LINKE auf Platz 3 der in den deutschen Parlamenten verankerten Parteien, hinter CDU und SPD. Gleichwohl wirken unterschiedliche Mechaniken auf die Partei. Einerseits ist es die zunehmende Wahlmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger, andererseits existieren beachtliche Kräfte, die den dauerhaften Erfolg dieser linken Partei als parlamentarische Kraft in Frage stellen. Dabei handelt es sich natürlich um den westdeutschen Antikommunismus, der bei vielen Menschen tief verinnerlicht ist, genauso wie eine Medienmacht, die sehr stark westdeutsch geprägt ist. Gleichzeitig findet der innere Aushandlungsprozess in der gesamtdeutschen Partei DIE LINKE statt. Die Programmdebatte läuft erst mühselig an und einige Akteure verwechseln einen vorgelegten Programmentwurf mit einer schon beschlossenen Gesamtprogrammatik. Doch die Programmdebatte muss vor allem Anlass sein, sich intensiver mit Inhalten und Begriffen auseinanderzusetzen, um Visionen einer sozialeren und emanzipatorischeren Gesellschaft in der Programmatik abzubilden und durch überzeugende Sprache ausstrahlen zu lassen. Kernidee sollte hier die Demokratisierung der Demokratie sein.

MEHR DEMOKRATIE DURCH MEHR DIREKTE DEMOKRATIE!

Volksentscheide als eine Form der politischen Willensentscheidung und Willensbildung sieht das Grundgesetz auf Bundesebene nur im Ausnahmefall vor, denn die Erfahrungen aus der Zeit des Faschismus ließen die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor «zu viel» direkter Demokratie zurückschrecken. Neuere Erfahrungen aus einzelnen Bundesländern zeigen jedoch, dass direkte Demokratie nicht verfassungsfährdend sein muss.

Schon jetzt sind Absichtserklärungen, Petitionen, Beschwerden, ja auch Demonstrationen und Kundgebungen als Teil der Willensbildung eingeübte Formen. Tatsächlich aber befindet sich die repräsentative Demokratie in ihrer parlamentarischen Form ebenso in der Krise wie Gewerkschaften, Kirchen, die Friedensbewegung, Sozialverbände ... Der Erfolgsweg der Partei DIE LINKE lässt sich sogar als Ausdruck dieser Krise beschreiben, denn sie ist auch wegen der massiven Abwendung entstanden, die SPD und Grüne durch ihre reale Regierungspolitik bei ihrer eigenen Wählerschaft herausgefordert haben. Mag sein, dass die SPD diese Abwendung stärker zu spüren bekam, weil die Grünen die Verluste durch Zuwachs beim besser verdienenden Klientel kompensieren konnten. Es ist kein Zufall, dass Wählerinnen und Wähler der Grünen heute die Wählergruppe mit dem höchsten Einkommen darstellen.

Die FDP wiederum hat ihr überraschend hohes Wahlergebnis bei der letzten Bundestagswahl mit dem Vorhandensein einer entsprechend umfangreichen Stammklientel verwechselt. Guido Westerwelle hat offenbar bis heute nicht begriffen, dass dieser Wahlerfolg überwiegend darauf beruhte, dass sich konservative Wähler aus strategischen Erwägungen für Schwarz-Gelb entschieden hatten, weil sie diese Koalition als

Erfolgsmodell für ihre Interessenpolitik interpretierten. Nun wird das Regierungsdesaster täglich größer und die Krise der repräsentativen Demokratie damit weiter vorangetrieben. Die schauerliche Geschichte um die Bundespräsidentenwahl ist Ausdruck dieser Krise. Darüber kann auch das Dauerlächeln von Herrn Wulff nicht hinwegtäuschen. Die Reaktion der LINKEN muss eine Stärkung direktdemokratischer Elemente in der politischen Willensbildung sein, programmatisch wie organisatorisch – unsere Partei muss zur treibenden Kraft von mehr Volkssouveränität durch Volksabstimmungen werden. Nur immer wieder festzustellen, dass die Mehrheit im Bundestag ständig gegen Mehrheiten in der Bevölkerung abstimmt, führt dauerhaft zu Frust und Resignation. Würden wir es uns als Gesamtpartei zutrauen, dann könnten wir der gesellschaftspolitische Hebel sein, um neue Aushandlungsprozesse in Deutschland in Gang zu setzen. Antworten auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen werden wir jedenfalls nicht mehr mit der jeweiligen Brille Deutschland Ost oder Deutschland West geben können. Antworten werden sich nicht mehr ableiten lassen aus der 40jährigen Nachkriegsentwicklung in der DDR oder der BRD, sie müssen den 20 Jahren Transformation und Veränderung in Ost und West gerecht werden. Dabei gilt es, sich permanent die Frage zu stellen: Was wollen wir verändern und mit wem wollen wir verändern? Die eigene Politik darauf zu reduzieren, die besseren Angebote für das Parlament theoretisch zu formulieren, ist viel zu wenig. Dann können wir unseren Wählern auch sagen: bleibt zu Hause, vertraut auf unsere Parlamentarier und alles wird gut. Die Mehrheit der Bevölkerung vertraut der Politik indes schon lange nicht mehr. Auch uns glaubt man das nicht, und zwar nicht deshalb, weil man es uns nicht zutraut, sondern weil die Mehrheit der Bevölkerung spürt, dass die Form der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in einer Lösungskrise steckt. Wir brauchen deshalb auch als Partei einen Ansatzpunkt, mit dem wir gesellschaftliche Veränderungsprozesse wieder in Bewegung setzen.

Im Jahr 1990, so sah es das Grundgesetz ausdrücklich vor, sollte bei einer Vereinigung beider deutscher Staaten eben dieses Grundgesetz abgelöst werden durch eine Verfassung. Es gab sogar einen Runden Tisch in der DDR, der einen Verfassungsentwurf erarbeitet, ja sogar den Auftrag für eine neue gemeinsame Hymne gegeben hatte. Die Symbole der friedlichen Vereinigung sollten auch Sinnbilder einer inneren Versöhnung werden. Das Grundgesetz sah am Schluss für das In-Kraft-Setzen die erste gesamtdeutsche Volksabstimmung vor, um die wir alle betrogen wurden. Doch vor 20 Jahren gab es die Kraft für gemeinsame Symbole nicht, noch weniger die für eine gemeinsame zusammen ver- und ausgehandelte Verfassung. Jetzt, 20 Jahre später, sollten wir den Mut haben, eine neue Verfassung zu denken. Schauen wir nach Lateinamerika: die indigenen Völker in den Andenstaaten erkämpfen sich jetzt ihre Verfassungsrechte. Dort spielt das Recht auf Selbstbestimmung der indigenen Völker und Volkssouveränität eine große, ja eine zentrale Rolle, dort wird das Thema demokratischer Sozialismus als Wert, Vision und Weg zur Grundlage von neuen gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Natürlich bleibt die Entkolonialisierung, 200 Jahre nach den bürgerlich liberalen Revolutionen in Lateinamerika, weiter sehr wichtig. Aber es geht eben auch um Wasser, um Rohstoffe, um eine intakte Umwelt als Lebensraum.

Volkssouveränität in Deutschland könnte zunächst festgemacht werden an mehr direkter Demokratie, müsste dann aber um inhaltliche Projekte erweitert werden. Diese Inhalte muss unsere Partei als tragende Elemente thematisieren. «Ein-Punkt-Auseinandersetzungen» wie der Nichtraucherschutz in Bayern, das Schulgesetz in Hamburg oder das Kita-Gesetz in Thüringen reichen hier nicht aus. Natürlich sollten wir uns jeweils dann beteiligen, wenn es aus unserer Sicht unterstützenswert ist. In den Mittelpunkt unserer politischen Programmatik und unseres gemeinsamen Handelns muss jedoch die Auseinandersetzung um die Machtverhältnisse, die Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse, die Ressourcenverteilung rücken. Demokratischer Sozialismus ist dabei keine Absage an eine geordnete Marktwirtschaft, bei der Marktregeln auch und gerade für Schwächere ausgeglichen werden und eine Lastenverteilung praktiziert wird. Wir brauchen also eine Debatte um eine Verfassung, die auf die Veränderung von Machtverhältnissen im Sinne demokratischer Grundprinzipien hinwirkt. Volksentscheidung und Volkssouveränität müssen Gegenstand des Aushandlungsprozesses selber werden. Die Demokratie zu demokratisieren heißt, die Prozesse der Demokratisierung quasi mit einer «Alphabetisierungskampagne» auszustatten. Wie buchstabiert man Demokratie? Wie buchstabiert man Volksbegehren, Volksentscheide? Wie buchstabiert man Mitbestimmung in der Gemeinde oder im Betrieb? Wie buchstabiert man Bildung? Wie buchstabiert man einen lebenslangen und lebensbegleitenden Lernprozess?

Vor einigen Jahren habe ich eine Denkschrift für eine neue gesamtdeutsche Verfassung vorgelegt und dort einen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert als Zielprojektion beschrieben. Wolfgang Neskovic hat sich der Aufnahme sozialer Grundrechte in den Verfassungskanon gewidmet und Werner Dreibus konnte mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Juristen einen Prozess in Gang setzen, um eine echte Mitbestimmung in der modernen Arbeitswelt stärker durch diejenigen ausprägen zu lassen, die Wertschöpfung erst ermöglichen. Durch Oskar Lafontaine wurden Wertschöpfungs- und Vermögensketten analysiert und die Frage aufgeworfen, wem eigentlich die «zweite Fabrik» gehört, wenn die erste durch die Arbeit der Beschäftigten bezahlt ist und das investierte Kapital an die Eigentümer rückausgeschüttet wurde. Katja Kipping hat das bedingungslose Grundeinkommen in die Debatte gebracht und damit auch in der LINKEN einen heftigen Disput über die Richtung ausgelöst, in die wir die Gesellschaft entwickeln wollen. Beim bedingungslosen Grundeinkommen steht am Schluss die radikale Frage der Steuerfinanzierung. Diese würde sich allerdings auch bei einer modernen Bürgerversicherung stellen, wenn wir sämtliche Sozialversicherungssysteme nach dem nord-europäischen Modell (z. B. über eine höhere Mehrwertsteuer) finanzieren würden. Es lohnt sich, diese Fragen zu stellen, aber immer wieder erschallt dann die Antwort, dass man solche Fragen lieber nicht zu Ende denken sollte, da die derzeitigen gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse nicht so wären, dass wir sie zugunsten der Mehrheit der abhängig Beschäftigten oder der in Hartz IV Ausgesonderten positiv beantworten könnten. Hierin liegt die Crux des Aushandlungsprozesses: Nicht weil es so schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es so schwer! Eine Antwort auf die Verheerungen des finanzmarktgetriebenen

Turbokapitalismus mit der klaren Begrifflichkeit des Demokratischen Sozialismus als grundgesetzlich zulässiger Wirtschaftsordnung trauen wir uns (noch?) nicht zu.

ERMUTIGUNG, UM OHNMACHT ZU ÜBERWINDEN

Unser Land braucht aber einen gesellschaftlichen Aufbruch! Und die Partei DIE LINKE sollte im Selbstverständnis Motor dieses gesellschaftlichen Aufbruchs sein. Emanzipation und Partizipation sind dabei die Kriterien für gesellschaftliche Veränderungen, die wir anstreben. Mitbestimmung im Betrieb muss sich an der gesamten Wertschöpfungskette festmachen und darf nicht in der listigen Atomisierung der Konzernstrukturen stecken bleiben. Dies stellt allerdings eine Machtforderung dar. Auch die Auseinandersetzung um Kopfpauschale oder moderne Bürgerversicherung ist schlicht eine Machtforderung. Ebenso die Überlegungen darüber, ob wir es weiter akzeptabel finden, dass 650.000 Schüler in nichtstaatlichen Schulen Bildung erhalten, ein ganzes universitäres Stipendiensystem der Eliteförderung dienen soll, eine breite BaföG-Erhöhung nicht stattfindet und die Universitäten seit Jahren drastisch unterfinanziert sind. Wollen wir eine «Börsenbahn», die nur Renditeerwartungen dienen soll oder sollen Transportsysteme, Energiesysteme, Strom, Gas, Wasser, aber eben auch Bildung als öffentliche Güter endlich rückerobert werden durch die Bevölkerung? Demokratie heißt Volksherrschaft, Herrschaft des Volkes als Entscheidungsmechanismus. So verstanden, brauchen wir neue Wirkmethoden.

Der Satz von Willy Brandt vom «Mehr Demokratie wagen» hat an seiner Leuchtkraft bis heute nichts verloren. Es wird konkrete gesellschaftliche Auseinandersetzungen geben: um Vermögen, Geldströme, um Vermögensverwertung und die Rückbindung von Vermögen im Sinne des Artikels 14 (2) Grundgesetz an eine soziale Verpflichtung. Dabei wird es nicht nur um den Kampf gegen Hedgefonds bzw. für deren Verbot gehen, sondern um die Kontrolle von Finanzmarktinstrumentarien, um eine Renaissance von regionalen Kreisläufen auch in der Geldwirtschaft (Stichwort Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenkassen, aber auch Kleinkredit- bzw. Mikrokreditkreisläufe).

Der Kampf um Mitbestimmung in den Betrieben wird künftig ein Kampf um die Rechte von Arbeitnehmern im umfassenden Sinne sein. Hier geht es um Tarifverträge, aber nicht nur um Entlohnung, sondern auch um den Schutz vor Entlassung und der zerstörerischen Wirkung von Arbeitslosigkeit. Auch hier werden neue gesellschaftliche Zielprojektionen notwendig sein. Beispielsweise muss der systematische Ausbau des Non-Profit-Sektors eine tragende Rolle spielen. Die Auseinandersetzung um die Rolle des Menschen in der Produktion ist allerdings nur die eine Seite, denn wir brauchen gleichzeitig auch eine Auseinandersetzung um das Stichwort Nachhaltigkeit. Mit einer intelligenten und nachhaltigeren Verwertung von Rohstoffen und der Nachnutzung von Produkten im Sinne einer stofflichen Rückführung lassen sich Umwelt und Ressourcen nicht nur schonen, sondern es sind intelligente Antworten auf die «Wegwerfgesellschaft» möglich. «Cradle to cradle» (Titel eines Buches von William McDonough und Michael Braungart, übersetzt «Von der Wiege bis zur Wiege») ist eine Vision neuer ökoeffektiver Formen der Produktgestaltung. Es geht dort um die Wiederverwertung des benutzten Produktes, das stofflich erneut in den Kreislauf eingebracht

wird. Bei der Energieproduktion ist man längst soweit, dass die Weichen von der Megatechnologie der Großkraftwerke hin zur regionalen regenerativen Energie gestellt werden könnten. Hier kommt allerdings die reale Macht der großen Stromkonzerne und der hinter ihnen stehenden Kapitalstrukturen ins Spiel. Bei der Lösung dieser Machtfrage hilft im Zweifelsfall Artikel 15 Grundgesetz (oder ein vergleichbares Instrumentarium einer zukünftigen Verfassung).

Warum ist das Handeln mit Waren steuerpflichtig, während das Spekulieren mit dem Besitz an Handelsunternehmen steuerfrei bleibt? Warum muss eine Sache im Warenverkehr versteuert werden, ein Geldmarktprodukt aber nicht? Wann wird man begreifen, dass die Systemänderer und -gleichmacher tagtäglich frisch am Werk sind und keinesfalls links sind? Warum müssen wir uns entschuldigen, dass wir Banken gemäß Artikel 15 Grundgesetz verstaatlichen wollen mit all den dazugehörigen gesetzlichen Regelungen und in Wirklichkeit müsste das gesamte Geldmarktsystem der Welt radikal verändert werden? Ungeregelte Geldflüsse und nicht kontrollierte Hedgefonds sind die eigentlichen Bedrohungen unserer Gesellschaft. Hertie, Woolworth, Karstadt, Schaeffler, Quelle, Merkle, Schickedanz sind Synonym und Ausdruck dieser hemmungslosen Fehlentwicklung – Treiber und Getriebene auf diesem Finanzmarkt – aber Opfer sind die Hunderttausenden von Arbeitnehmern, die ihre Arbeitsplätze diesem goldenen Kalb opfern müssen. Hierzu endlich Schutzmechanismen für die Menschen zu entwickeln, statt sich ausschließlich auf die systemischen Bankhäuser zu konzentrieren, wäre der richtige und notwendige Schritt, um den Systemänderern und -gleichmachern in den Arm zu fallen.

Natürlich ist die Auseinandersetzung um die finanziellen Ressourcen ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. In einem der reichsten Länder der Erde muss es möglich sein, der Staatsverschuldung, die vor allem dem Kapitalmarkt dient, eine Logik des Lastenausgleichs entgegenzusetzen. Ein Lastenausgleichsgesetz, das sämtliche reale Vermögen mit einbezieht und auch mit abschöpft, um die aktuelle Schuldenbewirtschaftung deutlich reduzieren zu können, wäre ein Baustein einer gerechten Steuer- und Finanzpolitik. Statt also ein Drittel der Gesellschaft perspektivisch in der Armutsfalle zu egalisieren, wäre es besser, die Prinzipien «Einer trage des Anderen Last» und «Der, der mehr tragen kann, soll auch mehr schultern» zu zentralen Leitmotiven einer Gesellschaftsdebatte zu machen, die darauf zielt, gesellschaftliche Lasten gerechter zu verteilen. Gerechtigkeit und Solidarität müssen in unserer Gesellschaft wieder zu zentralen Schlüsselbegriffen werden. Leitgedanke ist, zu einer gesellschaftlichen Balance zu kommen, bei der Menschen sich eingebunden fühlen in einen positiven Aufbruch, der motivierend wirkt und neue Ressourcen des Denkens, Handelns und Fühlens freisetzt. Seltsamerweise gab es eine solche Aufbruchstimmung immer nach großen Brüchen. Sie hielt aber stets nur solange an, bis Stagnation oder bleierne Lähmung sich wieder über alles ausbreitete. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse sind dann aber zum Scheitern verurteilt, wenn das Beharrungsvermögen der jeweiligen Strukturebene bzw. der Funktionsträger in der Gesellschaft so groß ist, dass jedes Neue als Bedrohung und nicht als Bereicherung begriffen wird.

Ein modernes soziales Sicherungssystem ist eines, das Arbeitslosigkeit sofort auffängt, wenn Produktionsumstel-

lungen stattfinden oder aus anderen Gründen Arbeitsplätze verloren gehen. Die Menschen müssen dann keine Angst mehr haben, dass sie bei Verlust ihres bisherigen Arbeitsplatzes womöglich nie wieder in den Arbeitsprozess zurückkehren können. Ganz im Gegenteil: Wenn man gesellschaftliche «Entschleunigung», die Möglichkeit von Sabbatjahren, von Sorgearbeit und Fortbildung als Teil einer sozialen Vorsorge begreift, sinkt die Gefahr, dass Menschen durch Arbeit krank werden; Arbeit stellt einen wichtigen Baustein des gesellschaftlichen Lebens dar, aber eben nur einen Baustein.

NEUE AKTIONS- UND PROTESTFORMEN

Einer Gesellschaft, die einen solchen Reichtum an Kultur, an Bildung, an Wissen, an Produktion und auch an Vermögen hat, muss es gelingen, eine Neuzentrierung vorzunehmen. Der Arme muss sich nicht zwingend Gedanken über den Reichen machen, aber der Reiche sollte tunlichst anfangen, über die Armut nachzudenken, denn die Armut garantiert nicht nur seinen Reichtum, sondern wird auch seine größte Bedrohung darstellen. Unter dem Namen «Georg Büchner» formiert sich in Anlehnung an dessen Streitschrift im Hessischen Landboten «Friede den Hütten, Krieg den Palästen» gerade eine neue Basisbewegung, in der unterschiedlichste Träger, politische oder soziale Akteure, miteinander darüber diskutieren, wie man gesellschaftliche Prozesse in Gang bringen kann. Der Satz von Oskar Lafontaine «Wir müssen mehr Französisch lernen» bezog sich auf die aktuellen französischen Widerstandsformen, die dann rabiater werden, wenn die Niederlagen der Unterlegenen und deren Folgen immer rabiater werden.

In Deutschland ist die radikalste Form des Widerstandes offenbar die Presseerklärung oder die Protestmanifestation am Samstagnachmittag mit kämpferischer Rede und geordneter An- und Abreise im Bus. Tatsächlich ist die zunehmende Abkehr von dieser Form des Protestes durch diejenigen, die sich immer mehr in der Sackgasse wiederfinden, Ausdruck einer gelebten, desillusionierten Passivität. Andererseits sind die bevorstehenden Probleme, die einer adäquaten Lösung harren, immer deutlicher zu erkennen. In der Bildung geht zunehmend der Lösungsansatz für die, die es sich erlauben können, in Richtung Privatisierung. Privatuniversitäten und nichtstaatliche Schulen feiern fröhliche Urstände, während die Politik lösungsunfähig wird. Der gescheiterte Volksentscheid in Hamburg ist Ausdruck dieser Misere. Offenbar sah sich das Bildungsbürgertum im städtischen Milieu Hamburgs bedroht durch die Mischung von Migrantenfamilien und Kindern aus Hartz IV-Familien. Gemeinsam mit den ständischen Organisationen des gegliederten Schulsystem und Vertretern des mittleren bis höheren Beamtentums wurden alle apokalyptischen Reiter beschworen; man konnte meinen, es drohe mindestens der Weltuntergang, wenn alle Kinder in einer Primarschule wenigstens bis zur Klasse 6 gemeinsam lernen. Den Befürwortern der Schulreform ist es nicht gelungen, in der öffentlichen Debatte mit Argumenten für längeres gemeinsames Lernen und das Prinzip «Integrieren statt Selektieren» zu überzeugen. Viele derjenigen, die mehr von einer Schule zu erwarten hätten, als sie bisher erlebt haben, konnten nicht dazu gebracht werden, sich mit einem «Ja» am Volksentscheid zu beteiligen. Die Verlustängste überwogen und es gelang im städtischen Milieu Hamburgs nicht, eine «Win-Win-Situation» für Lehrer, Schüler und Eltern darzustel-

len. Gleichwohl würde ein ähnlicher Volksentscheid in Thüringen sogar bis zur Klasse Acht bestimmt zu einem anderen Ergebnis führen.

Wir müssen über neue Aktionsformen nachdenken. Wenn mittels eines Kochlöffels auf einem Kochtopf Geräusche erzeugt werden, ist dies nicht sonderlich aufregend. Wenn aber in einer Diktatur Hunderte von mutigen Frauen – ohne dass die Polizei es verhindern kann – gleichzeitig immer am gleichen Tag, zur gleichen Uhrzeit auf Töpfe schlagen, wird aus der Ohnmacht eine Gestaltungsmacht. Wenn immer zu einer gleichen Zeit Frauen in Trauerkleidung auf der zentralen Plaza erscheinen und still deutlich machen, dass ihre Anwesenheit ein Protest gegen die Verschwundenen in ihrem Land ist, dann stellt die Entschlossenheit der einzelnen mutigen Frau den zentralen Schlüssel für neue Protestformen dar. Wenn Hartz IV, Hungerlohn und Altersarmut Menschen ohnmächtig machen, müssen wir sie wieder ermutigen, die Ohnmacht zu überwinden. Doch wenn man über zivilen Ungehorsam und neue Aktionsformen debattiert, muss deutlich gemacht werden, dass Gewalt nicht dazu gehört. Mit zivilem Ungehorsam ist ausdrücklich nicht Gewalt gemeint. Ein solches Instrument des gewaltfreien zivilen Ungehorsams müssen wir uns neu erarbeiten, um es zu einem Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu machen. Streik und Arbeitskampf werden gern von den bestreikten Arbeitgebern als Gewalt disqualifiziert, aber es sind die einzigen legitimen Formen, sich kollektiv zur Wehr zu setzen. Dies engt Freiheiten ein, nämlich die Freiheit zum Streikbruch oder die Möglichkeit, in einen Betrieb eindringen zu können, ihn zu besetzen.

Wir müssen uns aber auch neue Kommunikationsformen gestatten. Web 2.0 ist nicht nur eine Spielwiese für junge Leute, sondern schafft neue Räume eines herrschaftsfreien Diskurses. Es kann zum Motivieren, Informieren und zum Mobilisieren genutzt werden. Das Web ist ein Instrument, das Teil unserer Außen- und Innenkommunikation werden muss. Informativ und interaktiv.

In Deutschland hat es am 13. Februar 2010 in Dresden das erste Mal eine online-unterstützte Verabredung gegeben, um sich zu versammeln und um gemeinschaftlich eine neue Form des Protestes zu entwickeln. Es gibt erste Diskussionsforen, sei es im Wendland oder in Hessen, die den 13. Februar nicht nur kopieren wollen, sondern im Sinne einer breiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung neue Wege erproben wollen. Die herkömmliche große Manifestation der Gewerkschaften mit Verpflegungspaket und Reisekostenerstattung ist genauso in der Krise wie die repräsentative Demokratie. So wie in den Jahren 1968 und 1989 Protestformen immer stärker von traditionellen Strukturen und erstarrten Ritualen abwichen und letztlich die Machtfragen gestellt wurden, ist es an der Partei DIE LINKE, sich dahingehend zu entwickeln, befördernder und treibender Teil neuer Bewegung in der Gesellschaft zu werden.

Die Blockade einer Kreuzung wie am 13. Februar in Dresden engt die Freiheit von Autofahrern ein und engt natürlich die Freiheit von Rassisten und Faschisten ein. Dies ist ausdrücklich Ziel der Aktion am 13. Februar gewesen – dazwischen bewegt sich die Institution derjenigen, die das Gewaltmonopol des Staates innehaben, nämlich die Polizei. Hier ist es notwendig, Regeln des zivilen Umgehorsams einzuüben, Regelverletzungen zu praktizieren, immer in dem Bewusstsein, dass damit Prozesse des Nachdenkens und der gesell-

schaftlichen Auseinandersetzung erzeugt werden. Dies schließt aber ein, sich auch zeitweise in einer Situation als Minderheit zurecht zu finden und sich als solche auch auszuhalten. Die Radikalität italienischer, französischer oder spanischer Arbeitnehmer ist nicht der Untergang des Abendlandes. Minderheitsregierungen, wie in den nordischen Ländern regelmäßig praktiziert, sind ebenfalls weder das Ende des Parlamentarismus noch der Untergang des Abendlandes.

RADIKALES DENKEN ERLAUBEN, NEUES ALS BEREICHERUNG EMPFINDEN

Es ist Überzeugungsarbeit nötig. Um dafür starke Argumente zu haben, muss sich DIE LINKE ein modernes Programm geben. Damit lassen sich die positiven Aspekte einer Gesellschaft herausstreichen, zu der wir attraktive Lösungsangebote beizusteuern haben, ebenso wie die Warnung vor den Verheerungen, die durch ein falsches Verteilungssystem in der Gesellschaft entstehen. Dazu ist ein inhaltliches Band nötig, das Menschen verbindet. Wenn es für die breite Masse der Bevölkerung mehr zu gewinnen als zu verlieren gibt, werden sich die Menschen auch einmischen.

Die neuen Länder sind zwangsläufig schon dadurch ein «Innovationslabor», dass die Ent-Industrialisierung mit brutaler Konsequenz in bestehende Strukturen eingegriffen hat. Der Abwanderungsdruck, der nahezu ungebrochen wirkt, zwingt zu neuen Antworten und neuen Lösungen, die bisher in der alten Bundesrepublik nicht für vorstellbar gehalten wurden. Die soziale Asymmetrie wird an der flächendeckenden Ausbreitung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung besonders deutlich. Themen wie Vergabegesetz, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum oder längeres gemeinsames Lernen finden sich hier viel massiver auf der gesellschaftlichen Agenda, als man es im Alltag in den alten Bundesländern derzeit für möglich halten würde. Dieser Teil der Transformationserfahrungen ist es, der von der Partei DIE LINKE mit eingebracht werden muss, um gesellschaftliche Prozesse im Sinne einer linken Politik realisieren zu können. Die Begriffe «Polytechnik» und «Poliklinik» können jetzt wieder ausgesprochen werden, aber es geht um mehr: beispielsweise um ein einheitliches Dienstrecht im Öffentlichen Dienst statt eines gegliederten Arbeitsrechtes, das selektiert in Arbeiter, Angestellte und Beamte und heute noch ergänzt werden muss um Freiberufler, «Lohnsklaven», prekär Beschäftigte und sämtliche Formen der Zeit- und Leiharbeit. Deshalb brauchen wir einen Vorrat an Ideen und einen Ansatz der Bewegung, der sowohl die parlamentarische Ebene, die organisatorische Ebene als auch die außerparlamentarische Ebene zusammen denkt und durchdringt.

Allein der demografische Wandel, die Alterspyramide und die Wanderungsbewegungen erfordern auf vielen Wegen und an vielen Stellen neue Lösungen. Wenn in den neuen Bundesländern in den nächsten zehn Jahren noch einmal mehrere Millionen Einwohner abwandern, wird man sich entscheiden müssen, ob man ganze Dörfer ausradiert und Wüstungen entstehen wie nach dem 30jährigen Krieg oder ob im ländlichen Raum Umbauprozesse vorangebracht werden, die neue soziale Beziehungen ermöglichen. Dies setzt allerdings neue Formen des Agierens und neue Antworten der Akteure im sozialen Raum voraus. Der Dorfladen, das dörfliche Gesundheitszentrum, der Kindergarten, das Prinzip «kurze Beine, kurze Wege» beim Schulbesuch, ja sogar die mögliche

Renaissance der Dorfschule müssen gedacht werden. Gleichzeitig brauchen wir alten- und pflegegerechte Wohnräume, so dass gemeinschaftliches Leben ermöglicht wird. Statt der Vereinzelung weiter das Wort zu reden und die individuelle Verwertungslogik unseres derzeitigen Gesellschafts- und Produktionsalltages mit dem Prinzip der individuellen Glückseligkeit zu verwechseln, sollten wir die bevorstehenden dramatischen Veränderungen der Alterspyramide als Ausgangspunkt für eine positive Debatte in der Gesellschaft sehen.

Die Kopfpauschale in der Gesundheitsreform macht alle gleich – nur dass der Vermögende dabei entlastet und der Niedriglöhner stark belastet wird. Das Ergebnis wird sein, dass letztendlich das Gesundheitssystem kollabiert und Gesundheit noch stärker zu einer Ware verkommt, so wie die Bildung schon zur Ware geworden ist und der Mensch in seinen Arbeitsbeziehungen auf das Warenniveau reduziert wurde. Entweder hat man das notwendige Geld, um mitzuspielen, oder man ist raus und landet abgehängt im Armenhaus unserer Gesellschaft. Das kann man weiterhin bejammern und beklagen, aber die bisherigen westdeutschen Aushandlungsmechanismen haben uns vor den negativen Veränderungen in all diesen Bereichen nicht bewahrt. Der Neoliberalismus wirkt nach wie vor, die Antwort auf krisenhafte Entwicklungen ist immer wieder das gebetsmühlenartige «Privat vor Staat». Nur dann, wenn Privat scheitert, schreien die Vermögenden nach dem Staat. Der Staat ist nicht mehr Teil der gefühlten Gestaltungsfähigkeit des Volkes, aber Selbstbedienungsladen der Vermögenden. Deshalb ist die Demokratie, wenn man sie als Volksherrschaft versteht, in der fortgeschrittenen Krise, denn auch die kapitalistischen Produktions- und Verwertungsformen bieten kein Heilsversprechen mehr für die Verlierer unserer Gesellschaft. Am Beispiel des Gesundheitsfonds bzw. der Kopfpauschale wird deutlich, dass wir dem eine moderne Bürgerversicherung entgegenstellen können und entgegenstellen müssen. Aus jeder Einkommensart, die ein Mensch bezieht, resultiert bei diesem Konzept eine Beitragspflicht. Auf der Anbieterseite des Gesundheitswesens müssen Gemeinschaftspraxen, Polikliniken und ländliche Gesundheitszentren genauso entwickelt werden wie Krankenhäuser, die wieder in öffentliches Eigentum kommen sollten und deren Sinn und Zweck dann nicht auf die Aktionärerwartung, sondern auf die Erwartungen der Patienten gerichtet sein muss.

GESELLSCHAFT ALS FRIEDLICHES GEMEINWESEN WIEDERENTDECKEN

Kumulieren wir das Wir als Klammer der Menschen. So banal es vielleicht klingt, Vergesellschaftung heißt letztlich, das Wir wieder in den Vordergrund zu stellen. Dem Ich den notwendigen Raum zu geben, aber das Wir als positives Ziel zu beschreiben, das ist schon der Einstieg in eine Gesamtdebatte über das, was mit dem Begriff «demokratischer Sozialismus» verbunden werden kann. Trauen wir dem Sozialen, vertrauen wir den Menschen als soziale Wesen und beschreiben wir, dass wir als Partei einer Art Kompass aus Menschenrechten, Bürgerrechten, Freiheitsrechten, sozialen Rechten und dem gesellschaftlichen Raum als gemeinsamer Berührungsfläche und Begegnungsfläche folgen. Fragt man nach dem Woher, sind als Quellen Karl Marx und Friedrich Engels, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin zeitlos aktuell. Selbst die

atemberaubende Radikalität der Bibel lässt sich heute wieder aktuell beschreiben, wenn man den Finanzmarkt mit seinen Hedgefonds ins Verhältnis zum Zinsverbot der Bibel setzt. Zum Islam gehört übrigens das gelebte Zinsverbot. In den abrahamitischen Schriften, also den Quellen des Judentums, des Christentums und des Islams, findet sich der Gedanke der sozialen Verantwortung, der Mitmenschlichkeit und der Achtung und Würde vor dem Leben genauso selbstverständlich wie klare Ver- und Gebote. Schon diesen uralten Schriften waren die Fehlentwicklungen von Macht und Kapital nicht fremd. Seien wir mutig genug, die Radikalität christlicher Sozialisten wie Adolf Grimme, Karl Barth und Dorothee Sölle zu denken. Seien wir dagegen misstrauisch bei den Hohepriestern der Institutionen, die immer nur wiederkauen, was alles angeblich nicht gehe, was alles tabu sei und warum es keine Zukunftsvision gäbe, zumindest nicht im kollektiven Sinne, sondern nur im Privaten.

Man redet uns ein, dass über eine veränderte Gesellschaftsarchitektur nicht geredet werden darf. Gleichzeitig unterstellt man uns, wir wollten das System verändern oder gar stürzen. Das sind diejenigen, die den Ständestaat in der Bildung gerade vor unseren Augen einführen. Das sind diejenigen, die das dreigliedrige Schulsystem zementieren wollen, um damit der Privatisierung der Bildung neue Anreize zu geben. Das sind diejenigen, die ihre Klientel schützen wollen vor dem Drittel der Gesellschaft, das in die Armutsfalle hineinmanövriert wurde. Die Systemänderer sind tagtäglich am Werk und vollziehen planvoll den Umbau unserer Gesellschaft. Patente auf Pflanzen enteignen die Bauern. Erde, Luft, Wasser als für alle Menschen zugängliche Güter werden von den Privatisierern unter Spekulationsdruck gestellt. Völlig unbegreiflich ist allerdings, dass Wirtschaftsverbände, Fachleute, Unternehmer und Unternehmensvertreter nicht zugeben wollen, welches Risiko mittlerweile durch die globalen Weltmarktjongleure im Finanzsektor tatsächlich existiert. Dieser Tanz ums goldene Kalb ist so unglaublich, dass man sich wundert, warum die Marktwirtschaftler nicht zugeben wollen, dass ein geregelter Markt auch für Finanzmärkte existieren müsste. Diesen Zustand der geistigen Depression hat es in allen Zeiten und allen Jahrhunderten gegeben, ebenso jedoch Mahnung und Aufbruch. Trauen wir uns also zu, uns in der Partei DIE LINKE in unserer Unterschiedlichkeit auszuhalten und unsere Positionen nicht nur darüber zu definieren, wie in der Programmdebatte möglicherweise kleine Siege zu erreichen sind, sondern wie wir uns einen Vorrat an Gemeinsamkeiten erarbeiten. Sagen wir deutlicher, was uns fremd ist und bleiben wird: Antisemitismus, Rassismus und Chauvinismus. Sagen wir klarer, dass die Logiken, die mit Macht und durch Gewalt durchgesetzt werden, nicht unsere Logiken sind. Dass es kein Recht auf kriegerische Intervention gibt, egal, in wessen Namen und mit welchen scheinbar höheren Zielen. Ertragen wir es, als Außenseiter abgetan zu werden, denn die Meinung der jeweils Herrschenden wird von käuflichen Meinungsmachern gern als vermeintliche Mehrheitsmeinung verkauft.

Die USA haben die afghanischen Mudschaheddin mit Waffen ausgestattet, um sie stellvertretend den Krieg gegen die Sowjetunion führen zu lassen. Heute sind es die gleichen amerikanischen Stinger-Raketen, die nun amerikanische und NATO-Soldaten bedrohen. Welch ein Treppenwitz der Geschichte! Der NATO-Doppelbeschluss ist stets als Reaktion

auf die SS 20-Raketen bezeichnet worden. Er hat eine weitere Spirale der Hochrüstung in Gang gesetzt hat. Doch das Ende des einen Blocksystems führte nicht zum Ende der Hochrüstung, ganz im Gegenteil.

Es gibt keine guten und keine schlechten Kriege, denn den Krieg verliert letztendlich immer der Mensch und Rüstung tötet schon im Frieden. Dies sind Erkenntnisse der Friedensbewegung, an die ich mich erinnere und die ich mir heute auch nicht ausreden lasse. Trauen wir uns diesen Klärungsprozess zu und bedenken wir unser eigenes Verhältnis zur Rolle der Gewalt in der Gesellschaft. Ist ein Stein ein Argument? Wenn wir bewaffnete Auseinandersetzungen, wenn wir Auslandseinsätze ablehnen, wie sehen wir dann die Gewaltfrage dort, wo Gewalt verdeckt oder mittels ökonomischer Zwänge ausgeübt wird?

Wie sieht unsere Weltfriedensarchitektur aus?

Wie sollte sich das Völkerrecht entwickeln und wer sollte da Träger auch eines Gewaltmonopols sein?

Wie könnte ein KSZE-Prozess auf jedem Kontinent aussehen, damit der eine Staat als Weltpolizist überwunden wird?

«Frieden schaffen ohne Waffen» gilt, verunglimpft durch die Mächtigen, immer noch als naive Verklärung der tatsächlichen Verhältnisse auf der Welt. Die Menschen seien eben nicht so, wird behauptet. Dies behaupten immer die, die Geld verdienen an der Hochrüstung und der Rüstungsspirale. Trauen wir uns zu, Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela als Vorbilder zu haben, die einerseits Gewalt nicht ignoriert haben, aber andererseits einen gewaltfreien Protest der Massen dagegenstellten.

STANDBEIN UND SPIELBEIN DER DEMOKRATIE

Kombinieren wir das Primat der Gewaltfreiheit auch mit phantasievollen Aktionen, wie sie in der Friedensbewegung üblich waren und wie sie jetzt schon bei jungen Leuten zu besichtigen sind, so betreten wir den langen Marsch zur Demokratisierung der Demokratie. Spielbein und Standbein der klassischen Demokratie in Deutschland sind Parlamente und Volks-

begehren. Dazu muss aber jeweils ein Ort bzw. das Objekt definiert werden, in dem wir Entscheidungen beeinflussen bzw. erreichen wollen. Der Betrieb, die Schule, das lokale Wohngebiet, die Dorfgemeinschaft, der Landkreis, das Parlament, ein Bundesland, die Bundesrepublik Deutschland, Europa. Lernen wir, die Souveränität eines Staatsvolkes neu zu durchdringen und dass es unsere Aufgabe ist, mit der Bevölkerung gemeinsam diese Souveränität zu erobern. Seien wir radikal, phantasievoll und haben wir keine Angst vor der Macht des Volkes, denn wir sind Teil des Volkes und wollen es auch sein. Sagen wir also nicht, was nicht geht. Lernen wir, Ja-Sager zu werden, statt Nein-Verweigerer zu sein. Ja sagen zu einer anderen gesellschaftlichen Verabredung, zu einer anderen Verfasstheit, einer Verfassung, die dem Staatsvolk auch Volkssouveränität erteilt und diese nicht zwischendrin durch Hüter (Volksvertreter) vor dem Volk zu behüten! Um zu dem Eingangssatz zurückzukehren «Es ist an der Zeit!», Hannes Wader sang, «diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit» und er meinte diesen drohenden dritten verheerenden Weltkrieg und er behauptete damals, es finden sich mehr und mehr Menschen bereit, diesen Krieg zu verhindern. Es ist an der Zeit!

Nimmt man Krieg nicht als klassischen Weltkrieg, sondern als Synonym für die Verheerungen, die der finanzmarktgetriebene Kapitalismus nun auslöst in Kombination mit Hochrüstung, Privatisierung und Ausplünderung unserer Gesellschaft, dann sind wir längst mittendrin, nur dass die Friedensbewegung noch an der Blockgrenze zweier Systeme stand. Ein System existiert nicht mehr, das andere ist übrig geblieben und die Bündnisse sind, wenn es sein musste, längst zwischen den Mächtigen geschlossen.

Lasst uns den Ohnmächtigen das Geheimnis verraten: dass sie mächtig sind, wenn sie ihre Ohnmacht überwinden. Sie haben nichts zu verlieren, außer ihren Ketten, so haben Karl Marx und Friedrich Engels das einst ausgedrückt.

Es ist an der Zeit!

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE 2010

01/2010

INGEMAR LINDBERG: Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN: Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT: Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politischdiplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER , CORNELIA HILDEBRANDT:
Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE: Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE: Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarz-gelber Forschungs- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD: Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU: Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT: Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik.
Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum der Rosa-Luxemburg- Stiftung. Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER: Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS: Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

15/2010

ULRICH BUSCH: Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen

16/2010

JÖRG ROESLER: Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam

17/2010

ARMIN OSMANOVIC: Vom «Außenseiter» zum Mann des Establishments: Jacob Zumas erstes Jahr im Amt als südafrikanischer Staatspräsident

18/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG: Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

19/2010

ULLA LÖTZER: Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken

20/2010

HUBERT LAITKO: Die Sozialismuskonzeption Robert Havemanns im Wandel

21/2010

Bürogemeinschaft nine2five: Von der Weisheit der Vielen zur Organisierung der Unorganisierbaren

22/2010

RAINER RILLING: Welche politische Krise?

23/2010

FIROZE MANJI: Afrikas Entwicklung nach Kolonialismus und nationaler Befreiung